

November 2020

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
US-Präsidentschaftswahl: große Sympathien für Wechsel im Weißen Haus	2
Covid-19: Zuspruch für Impfstrategie, aber Impfbereitschaft gesunken	5
Neue Corona-Maßnahmen: auch nach einer Woche für die Hälfte angemessen	6
Arbeit der Bundesregierung: Zwei Drittel zufrieden	7
Politikerzufriedenheit: Bestwerte für Spahn und Scholz	8
Wirtschaftliche Stimmung gegenüber August aufgeheitert.....	9
Sonntagsfrage: kaum Veränderungen in der bundespolitischen Stimmung.....	10
Studieninformation.....	11

Zusammenfassung

Die US-Präsidentenwahl dominierte die Schlagzeilen der vergangenen Woche. Dass nach aktuellem Stand Joe Biden als Sieger hervorgegangen ist, bewertet das Gros der Bundesbürger erwartungsgemäß wohlwollend. Anders als nach der Wahl von Donald Trump rechnet die Mehrheit der Deutschen damit, dass sich unter Biden das deutsch-amerikanische Verhältnis verbessern wird. Positive Erwartungen verbinden die Deutschen mit einem Wechsel im Weißen Haus auch für die inneramerikanischen Verhältnisse: Eine Mehrheit sieht in dem Demokraten keineswegs eine schlechtere Wahl für die Entwicklung der US-Wirtschaft. Gut acht von zehn rechnen vielmehr damit, dass sich die USA unter Biden insgesamt positiv entwickeln würden. Allerdings geht eine klare Mehrheit der Menschen in Deutschland davon aus, dass Biden viele Ziele nicht erreichen wird, da er bei wichtigen politischen Themen auf die Zusammenarbeit mit den Republikanern angewiesen ist. Rund die Hälfte traut Biden zu, die Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft zu überwinden.

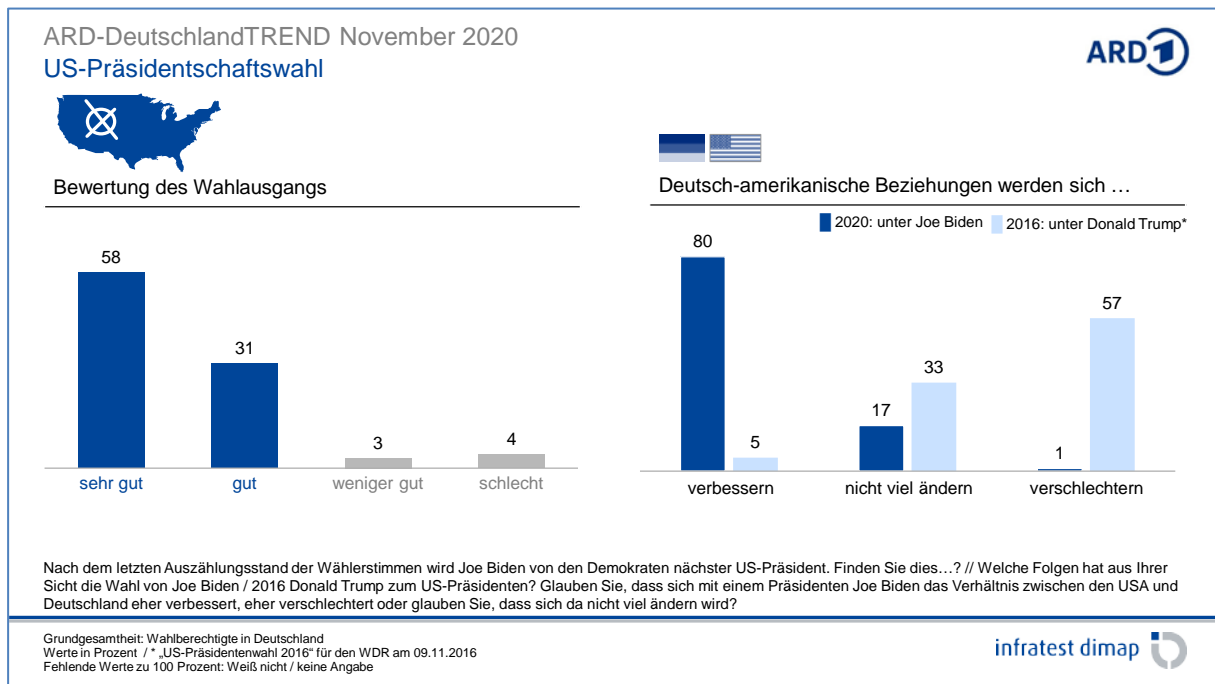
Die Nachricht, dass ein deutsches Pharmaunternehmen demnächst die Zulassung für einen Corona-Impfstoff beantragen wird, weckt neue Hoffnungen im Kampf gegen die Pandemie. Da die Menge von Impfstoffen anfangs nicht ausreichen wird, hat eine Expertengruppe vorgeschlagen, als erstes Risikogruppen, Ärzte und Pflegepersonal sowie Mitarbeiter in der Daseinsvorsorge zu immunisieren. Dies stößt in der Bevölkerung kaum auf Widerspruch. Zu einer größeren Herausforderung könnte ein ungenügendes Vertrauen der Bevölkerung in schnell entwickelte Corona-Impfstoffe werden. So geht die Impfbereitschaft der Bundesbürger aktuell eher zurück. Nach 44 Prozent im August geben momentan 37 Prozent an, sich auf jeden Fall impfen zu lassen, sollte ein Impfstoff vorliegen.

Ohne einen Impfstoff stehen bei der Bekämpfung hoher Infektionszahlen Alltagseinschränkungen im Vordergrund. Den aktuellen Teil-Lockdown bewertet ähnlich wie zu Beginn der Maßnahmen in der Vorwoche gut die Hälfte der Bundesbürger als angemessen. Dem Ansehen der Bundesregierung und der Koalitionsspitzen schaden die neu geltenden Corona-Einschränkungen nicht, im Gegenteil: Zwei Drittel der Bundesbürger äußern sich zufrieden zur Arbeit der Berliner Koalition, ein neuer Rekordwert im ARD-DeutschlandTREND. Mit Angela Merkel sind so viele zufrieden wie seit April 2015 nicht mehr. Gesundheitsminister Jens Spahn und Finanzminister Olaf Scholz erzielen ebenso neue persönliche Bestwerte wie Außenminister Heiko Maas und Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Zugute kommt der Bundesregierung, dass sich in den vergangenen drei Monaten die wirtschaftliche Stimmung in der Bevölkerung wieder aufgehellt hat. Nach 38 Prozent im August bezeichnet zu Beginn des neuen Teil-Lockdowns etwa die Hälfte die wirtschaftliche Lage in Deutschland als gut oder sehr gut. Ebenso viele bleiben bei einem kritischen Urteil zur wirtschaftlichen Situation, nach 61 Prozent vor drei Monaten.

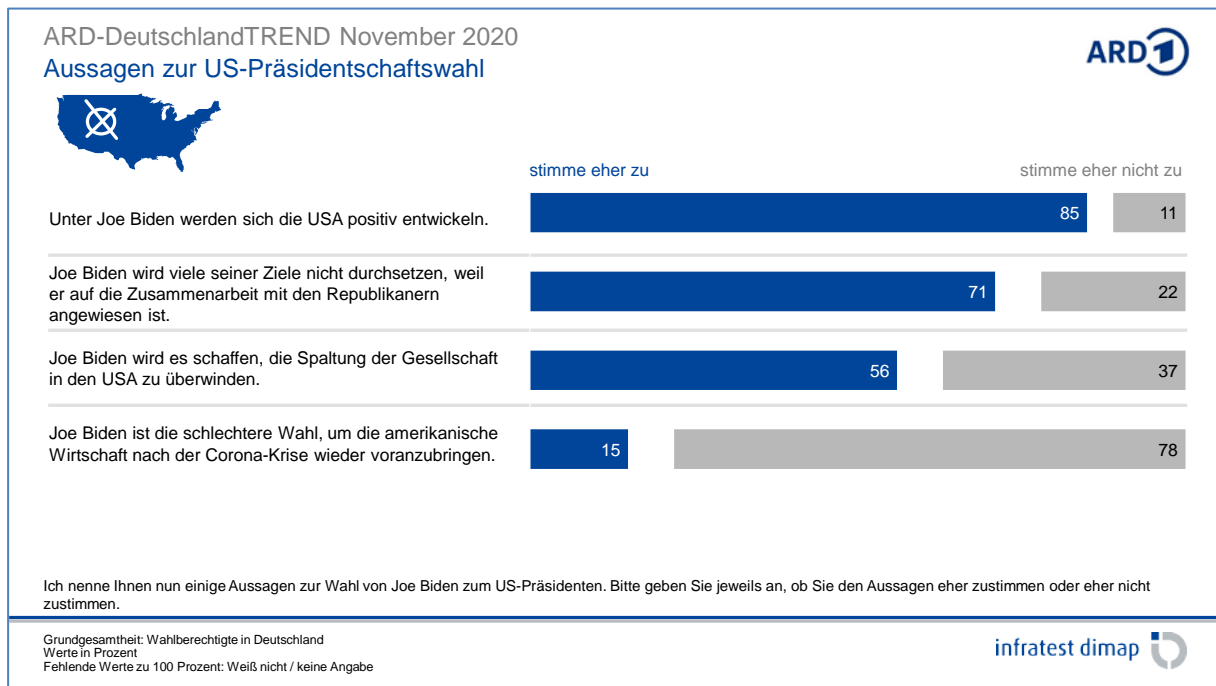
Für die bundespolitische Stimmung bleibt der neue Teil-Lockdown bislang ohne wesentliche Folgewirkungen. Die CDU/CSU hätte bei einer Bundestagswahl aktuell einen Wähleranteil von 36 Prozent in Aussicht, 1 Punkt mehr als vor einem Monat. Der Koalitionspartner SPD käme unverändert auf 15 Prozent. Leichte Einbußen betreffen Grüne und Linkspartei. Die Grünen verlieren 1 Punkt auf 20 Prozent, die Linke 1 Punkt auf 7 Prozent. Die AfD könnte wie Anfang Oktober mit 10 Prozent rechnen, die FDP mit 6 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent (+1). Union und SPD hätten bei einem solchen Wahlgang weiterhin eine Mehrheit, um ihre Regierungsarbeit in Berlin fortzusetzen. Rechnerisch möglich aber wäre unverändert auch die Bildung einer schwarz-grünen Koalition.

US-Präsidentschaftswahl: große Sympathien für Wechsel im Weißen Haus

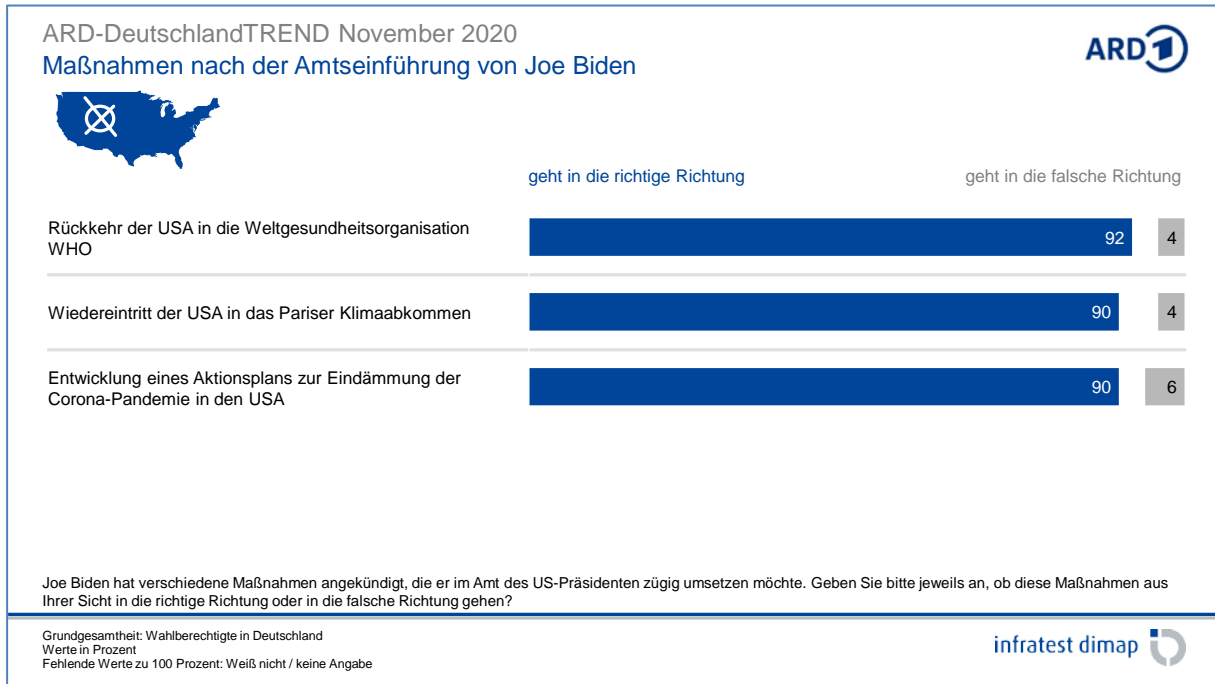
Der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl dominierte die Schlagzeilen der vergangenen Woche, international und in Deutschland. Dass nach aktuellem Stand Joe Biden von den Demokraten als Wahlsieger hervorgegangen ist, bewerten neun von zehn Bundesbürgern (89 Prozent) wohlwollend. Anders als nach der Wahl von Donald Trump 2016, als sechs von zehn Deutschen (57 Prozent) davon ausgingen, dass sich die deutsch-amerikanische Beziehungen verschlechtern würden, rechnet unter einer Präsidentschaft Bidens die Mehrheit (80 Prozent) mit einer Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.



Positive Erwartungen verbinden die Deutschen mit einem Wechsel im Weißen Haus auch für die inneramerikanischen Verhältnisse: Eine Mehrheit (78 Prozent) sieht in dem Demokraten keineswegs eine schlechtere Wahl für die Entwicklung der US-Wirtschaft. Rechneten nach dem Sieg von Donald Trump im 2016 17 Prozent damit, dass sich die USA positiv entwickeln würden, sind es nach dem Biden-Erfolg 85 Prozent. Trotz dieser optimistischen Bewertung gehen sieben von zehn Deutschen (71 Prozent) zugleich davon aus, dass Biden viele seiner Ziele nicht erreichen wird, da er auf die Zusammenarbeit mit den Republikanern angewiesen ist. Auch ist die Hoffnung gedämpft, dass Biden die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft überwinden könnte. Immerhin gut die Hälfte (56 Prozent) traut ihm dies allerdings durchaus zu.

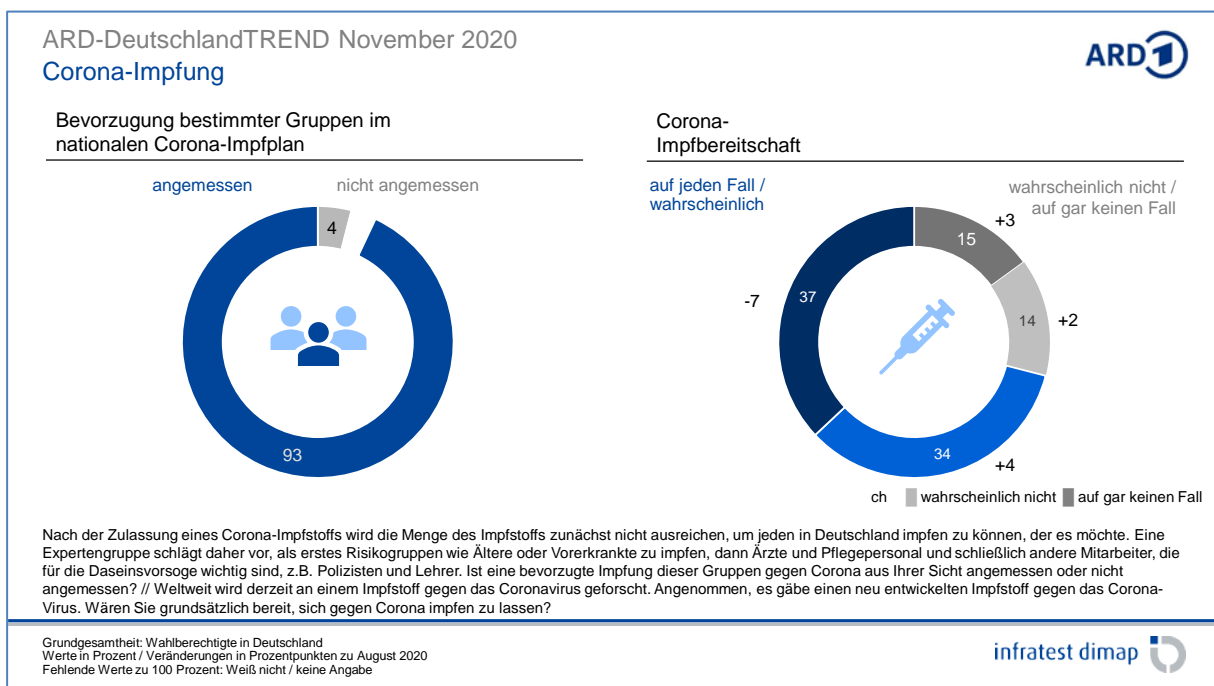


Bidens Ankündigungen für die Zeit nach seinem Amtsantritt, wie die Rückkehr der USA in die WHO (92 Prozent) und der Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen (90 Prozent), finden bei den Deutschen durchweg Anklang, ebenso seine Ankündigung zur Entwicklung eines Aktionsplans, um die Corona-Pandemie in den USA einzudämmen (90 Prozent).



Covid-19: Zuspruch für Impfstrategie, aber Impfbereitschaft gesunken

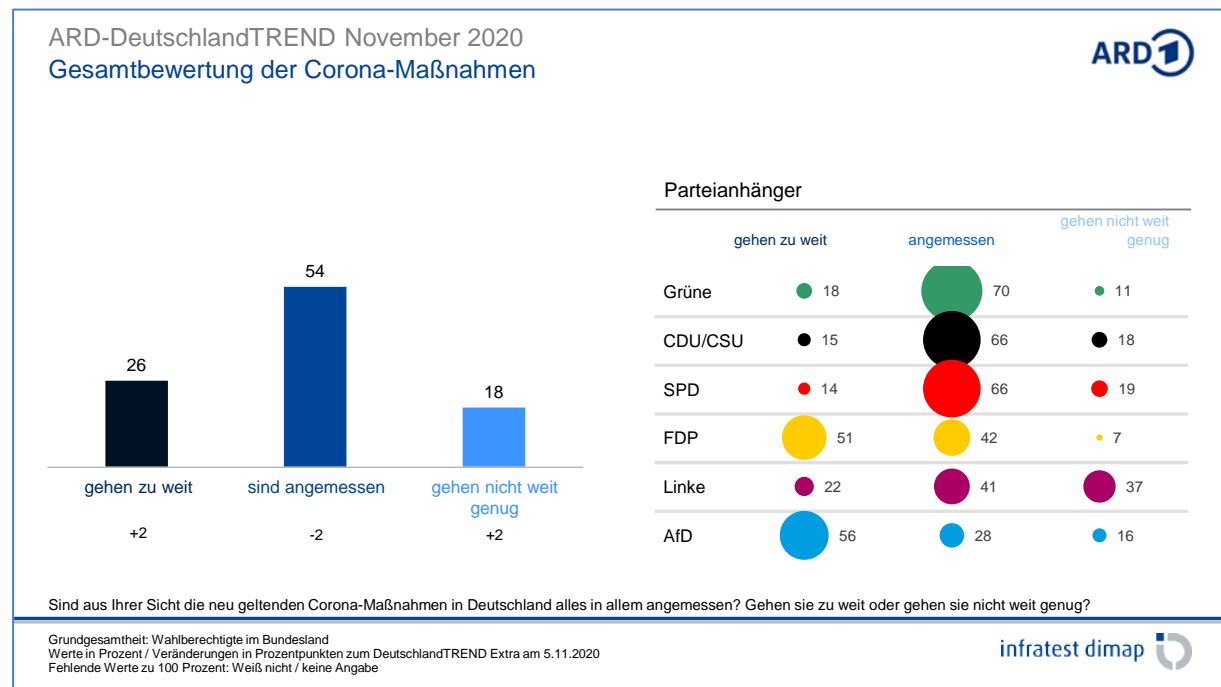
Die Berichterstattung zur US-Wahl hat die Corona-Pandemie kurzfristig in den Hintergrund treten lassen. Nach 37 Prozent Mitte Oktober äußern aktuell 44 Prozent die Sorge, dass sie sich selbst oder Familienmitglieder mit Corona infizieren könnten. Die Nachricht, ein deutsches Pharmaunternehmen werde demnächst die Zulassung für einen Impfstoff beantragen, weckt entsprechend Hoffnungen. Da die Menge von Corona-Impfstoffen anfangs nicht ausreichen wird, um jeden impfen zu können, haben die Ständige Impfkommission, der deutsche Ethikrat und die nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in einem gemeinsamen Positionspapier vorgeschlagen, als erstes Risikogruppen, Ärzte und Pflegepersonal sowie Mitarbeiter in der Daseinsvorsorge zu immunisieren. Eine Priorisierung dieser Bevölkerungsgruppen stößt in Deutschland kaum auf Widerspruch: 93 Prozent halten dies für angemessen.



Zu einer größeren Herausforderung für den Erfolg der nationalen Corona-Impfstrategie könnte ein ungenügendes Vertrauen der Bevölkerung in schnell entwickelte Corona-Impfstoffe werden. Aktuell geht die Impfbereitschaft eher zurück. Nach 44 Prozent im August geben momentan 37 Prozent an, sich auf jeden Fall impfen zu lassen, sollte ein Impfstoff vorliegen. 34 Prozent bezeichnen ihre Impfung als wahrscheinlich. 29 Prozent der Bundesbürger signalisieren, sich wahrscheinlich nicht (14 Prozent) bzw. auf gar keinen Fall (15 Prozent) impfen lassen zu wollen. Überdurchschnittlich offen für eine Corona-Impfung sind insbesondere die Älteren.

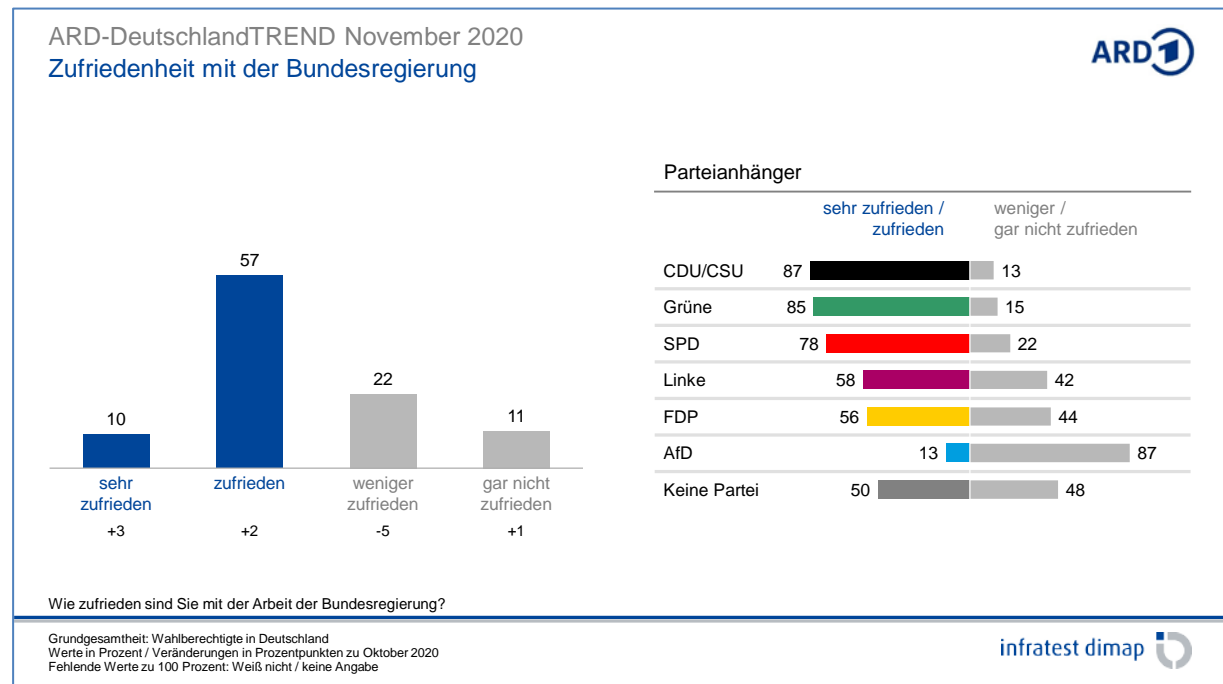
Neue Corona-Maßnahmen: auch nach einer Woche für die Hälfte angemessen

Ohne Impfstoff stehen bei der Bekämpfung hoher Infektionszahlen Alltagseinschränkungen im Vordergrund. Den aktuellen Teil-Lockdown bewertet ähnlich wie zu Beginn der Maßnahmen in der Vorwoche gut die Hälfte der Bundesbürger als angemessen (54 Prozent; -2). Kaum verändert bleibt mit 18 Prozent (+2) die Zahl derer, denen die Auflagen nicht weit genug gehen. Nach wie vor gehen für ein Viertel (26 Prozent; +2) die neuen Einschränkungen zu weit. Mehrheitlich gestützt werden die Maßnahmen des Teil-Lockdowns in den Wählermilieus von Grünen (70 Prozent), Union und SPD (jeweils 66 Prozent). Von übertriebenen Schritten im Teil-Lockdown sprechen dagegen insbesondere die Anhänger von AfD (56 Prozent) und FDP (51 Prozent).



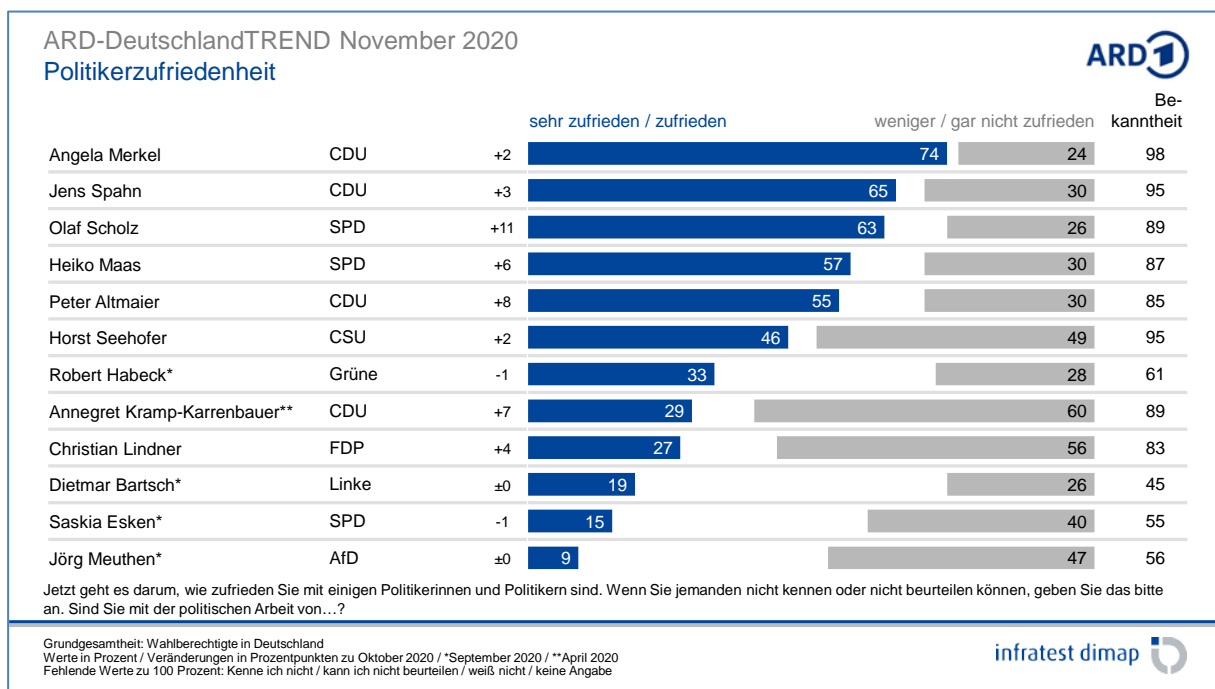
Arbeit der Bundesregierung: Zwei Drittel zufrieden

Dem Ansehen der Bundesregierung schaden die neu geltenden Corona-Einschränkungen nicht. Im Gegenteil. Zwei Drittel der Bundesbürger (67 Prozent) äußern sich zu Beginn des neuen Teil-Lock-downs zufrieden zur Arbeit der schwarz-roten Koalition, ein neuer Rekordwert im ARD-DeutschlandTREND. Deutliche Zustimmung für die derzeitige Regierungsarbeit kommt von den Anhängern der Union (87 Prozent) und SPD (78 Prozent), aber auch aus den Reihen der Grünen (85 Prozent). Den Gegenpol hierzu bilden nach wie vor die AfD-Anhänger, die wie keine andere Anhängerschaft (87 Prozent) die Arbeit der Bundesregierung kritisch bewerten.



Politikerzufriedenheit: Bestwerte für Spahn und Scholz

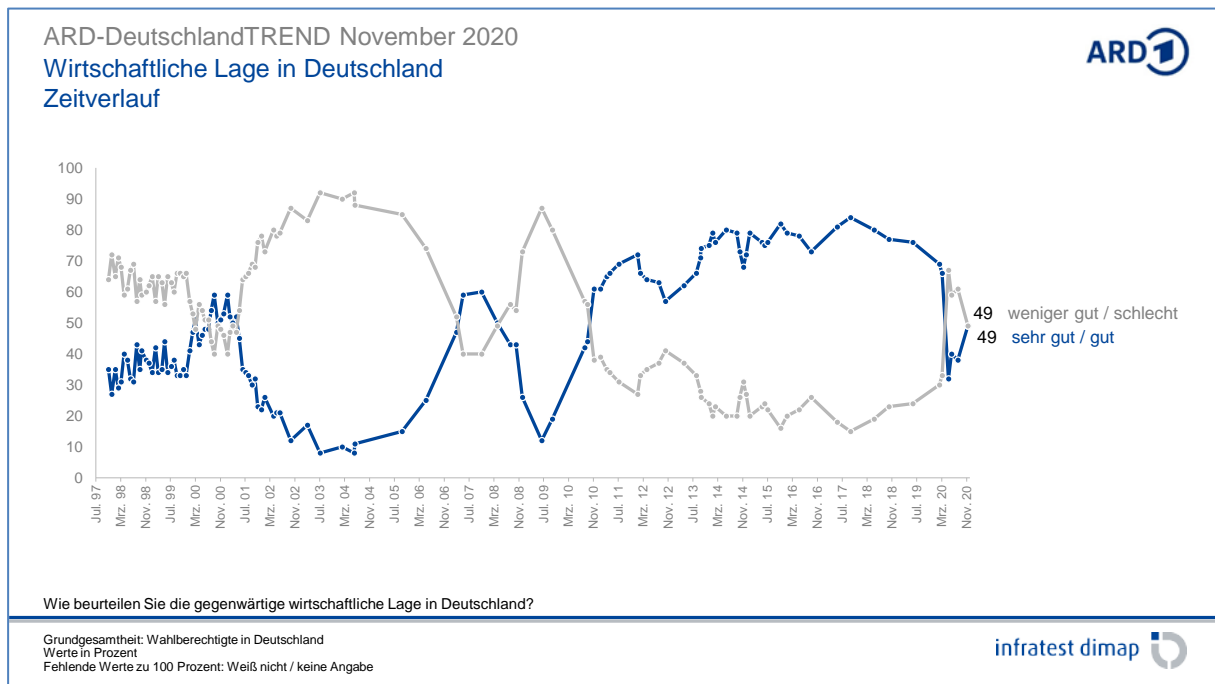
Parallel mit der Regierungszufriedenheit ist auch die Zustimmung für die Berliner Koalitionsspitzen gewachsen. Die Arbeit von Angela Merkel bewerten 74 Prozent (+2 zum Vormonat) positiv, so viele wie seit April 2015 nicht mehr. CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (65 Prozent; +3) und SPD-Finanzminister Olaf Scholz (63 Prozent; +11) erzielen im aktuellen ARD-DeutschlandTREND ebenso neue persönliche Bestwerte wie SPD-Außenminister Heiko Maas (57 Prozent; +6) und CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier (55 Prozent; +8). Auf sie folgt CSU-Bundesinnenminister Horst Seehofer mit 46 Prozent (+2).



Die Spitzen der Berliner Opposition bleiben weiterhin hinter den Zufriedenheitswerten der wichtigsten Berliner Ressortchefs zurück. Am populärsten ist der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck, der mit 33 Prozent (-1 zu September) allerdigst seinen niedrigsten Wert seit Mai 2019 einfährt. Hinter ihm liegt mit Annegret Kramp-Karrenbauer ein weiteres Kabinettsmitglied. Die Noch-CDU-Vorsitzende überzeugt derzeit 29 Prozent der Wahlberechtigten (+7 zu April) und damit etwa ebenso viele wie FDP-Chef Christian Lindner (27 Prozent; +4). Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch erfährt derzeit einen Zuspruch von 19 Prozent, die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken von 15 Prozent (-1 zu September). AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen (9 Prozent) landet im ARD-DeutschlandTREND November auf dem letzten Platz.

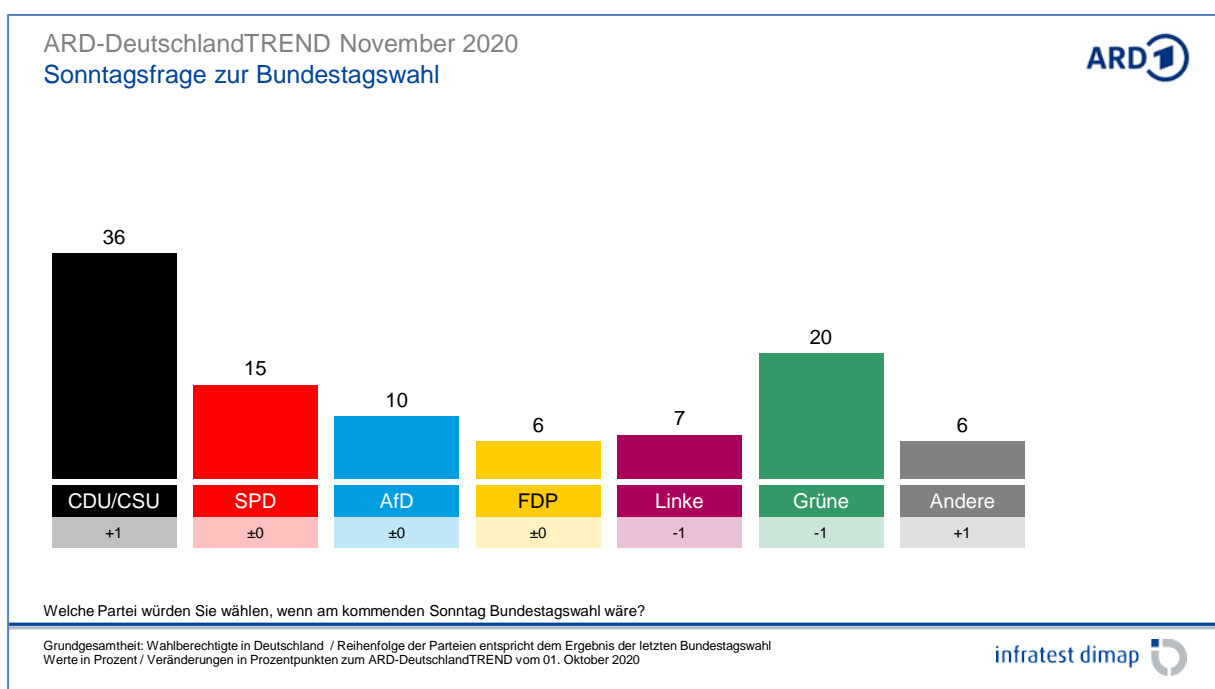
Wirtschaftliche Stimmung gegenüber August aufgehellt

Zugute kommt der Bundesregierung, dass sich in den vergangenen drei Monaten die wirtschaftliche Stimmung in der Bevölkerung wieder aufgehellt hat. Nach 38 Prozent im August bezeichnet zu Beginn des neuen Teil-Lockdowns etwa die Hälfte (49 Prozent) die wirtschaftliche Lage in Deutschland als gut oder sehr gut. Ebenso viele (49 Prozent) bleiben bei einem kritischen Urteil zur wirtschaftlichen Situation, nach 61 Prozent vor drei Monaten. Zu einem eher positiven Urteil tendieren momentan die Anhänger von Grünen und CDU, zu einer negativen Bewertung vor allem die Anhänger von AfD, aber auch die der FDP.



Sonntagsfrage: kaum Veränderungen in der bundespolitischen Stimmung

Für die bundespolitische Stimmung bleibt der neue Teil-Lockdown bislang ohne wesentliche Folgewirkungen. Die CDU/CSU hätte bei einer Bundestagswahl aktuell einen Wähleranteil von 36 Prozent in Aussicht, 1 Punkt mehr als vor einem Monat. Der Koalitionspartner SPD käme unverändert auf 15 Prozent. Leichte Einbußen betreffen Grüne und Linkspartei. Die Grünen verlieren 1 Punkt auf 20 Prozent, die Linke 1 Punkt auf 7 Prozent. Die AfD könnte wie Anfang Oktober mit 10 Prozent rechnen, die FDP mit 6 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent (+1). Union und SPD hätten bei einem solchen Wahlgang weiterhin eine Mehrheit, um ihre Regierungsarbeit in Berlin fortzusetzen. Rechnerisch möglich aber wäre unverändert auch die Bildung einer schwarz-grünen Koalition.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND November 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	09. bis 10. November 2020 Sonntagsfrage: 09. bis 11. November 2020	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3